

Vor Cassis' Besuch in Berlin: Die bilaterale Eiszeit beunruhigt die deutsche Wirtschaft

Der deutsche Industrieverband BDI fordert die EU und die Schweiz auf, zügig wieder ins Gespräch zu kommen. Seit dem Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen seien bereits erhebliche wirtschaftliche Störungen aufgetreten.

René Höltschi, Berlin

19.01.2022, 05.30 Uhr



Eine Kooperation mit der Schweiz im Strombereich könnte einen Beitrag zum Green Deal der EU leisten.

Federico Gambarini / AP

Dass sich ein führender ausländischer Wirtschaftsverband ausführlich zu den Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz äussert, ist selten. Doch anlässlich des am Donnerstag anstehenden Besuchs von Bundespräsident und Aussenminister Ignazio Cassis in Berlin wird der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ein Positionspaper veröffentlichen, das für eine «positive Agenda für die Schweiz-EU-Beziehungen» wirbt und der NZZ bereits vorliegt. Die deutsche Wirtschaft zeigt sich darin besorgt über die bilaterale Eiszeit, die auf den Abbruch der bilateralen Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen im Mai 2021 durch Bern folgte.

Cassis auf Antrittsbesuch

Cassis wird neben Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (beide SPD) auch die grüne Aussenministerin Annalena Baerbock je einzeln treffen. Erklärtes Ziel ist es nicht zuletzt, Verständnis für die Position der Schweiz im bilateralen Poker zu wecken.

Seit dem Verhandlungsabbruch sieht die EU den Ball im Schweizer Feld, und sie erwartet Vorschläge für das weitere Vorgehen. Der Bundesrat hat aber noch immer nicht dargelegt, wie er vorzugehen gedenkt.

Nachdem Cassis bereits mit den Vertretern mehrerer anderer EU-Staaten gesprochen hat, kann in dieser verfahrenen Situation ein guter Kontakt zur neuen Regierung des nördlichen Nachbarn und zum gewichtigstem EU-Staat nicht schaden – auch wenn er direkte Verhandlungen mit der EU nicht ersetzen kann.

«Erhebliche Störungen»

Etwas Rückenwind bekommt Cassis nun vom BDI. Dieser bedauert in seinem Papier den Abbruch der Verhandlungen und verweist darauf, dass bereits «erhebliche wirtschaftliche Störungen» im Handel zwischen der EU und der Schweiz aufgetreten seien. Derzeit betreffe dies vor allem die Zertifizierung von Medizinprodukten (weil die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen nicht mehr gilt). Kurzfristig seien weitere Beeinträchtigungen etwa im Maschinenbau absehbar, langfristig würden mit Blick auf die Dynamik in der gesamteuropäischen Wirtschaftsregion «strategische Schäden» drohen, die es zu vermeiden gelte.

Aus Sicht des BDI wird in der deutschen Öffentlichkeit gerne unterschätzt, wie eng die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen deutschen und Schweizer Unternehmen sind. Mit einem gemeinsamen Handelsvolumen von mehr als 101 Milliarden Euro im Jahr 2020 sei Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz, und für die EU sei die Schweiz der viertwichtigste Handelspartner, sagt der BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang.

Aufruf zum Gespräch

Der deutschen Wirtschaft sei es ein besonderes Anliegen, dass dieses traditionell sehr gute Verhältnis erhalten bleibe und gestärkt werde, schreibt der BDI: «Die Wirtschaft fordert beide Seiten auf, konstruktive Gespräche zügig wieder aufzunehmen.»

Was will der Verband konkret? Zunächst fordert er vor allem zum Dialog auf: «Die EU sollte sich dabei weiter offen zeigen für ein Modell mit möglichst enger wirtschaftlicher Bindung.» Allerdings erklärt auch der BDI, für alle Teilnehmer des EU-Binnenmarkts müssten gleiche Spielregeln gelten, die auch durchsetzbar seien. Insellösungen könnten dieses Ziel nicht erreichen, so dass eine Paketlösung für die EU-Schweiz-Beziehungen unersetzbar bleibe. Diese dürfe die angemessene Adressierung der institutionellen Kernfragen nicht aussen vor lassen.

Demgegenüber liebäugelt der Bundesrat seit kurzem damit, die institutionellen Streitfragen in jedem sektoriellen Abkommen einzeln zu regeln.

Zudem fordert der BDI in Anspielung auf die flankierenden Massnahmen der Schweiz den «Rückbau unfairer Hürden in der Dienstleistungsfreiheit durch unverhältnismässige Lohnschutzregelungen oder vergleichbare bürokratische Erfordernisse». Erwähnt werden unter anderem die Voranmeldefristen für den Einsatz von Arbeitskräften von EU-Anbietern, die Aufträge in der Schweiz ausführen.

Für Forschungsk Kooperation

So weit entspricht dies der bekannten Haltung Brüssels. Doch zugleich würdigt der BDI den Schweizer Beschluss, die «Kohäsionsmilliarde» (für ärmere EU-Staaten) zu bezahlen, als «hoffnungsvolles Zeichen politischer Verlässlichkeit». Auch lässt er durchblicken, dass ihm ein pragmatischer Ansatz vorschwebt und er manche Reaktionen der EU-Kommission kritisch sieht. So hebt das Papier unter anderem die Bedeutung der Forschungszusammenarbeit hervor und stellt fest, dass der Schweiz «unabhängig von den allgemeinen Beziehungen vergleichbare Möglichkeiten zur Partizipation offenstehen» sollten wie anderen Drittstaaten wie beispielsweise Israel, der Türkei oder den EWR-Mitgliedern (Island, Liechtenstein, Norwegen).

Derzeit behandelt die EU die Schweiz im Bereich Forschung als «gewöhnlichen» Drittstaat, dem sie weniger Teilnahme zugesteht als den genannten Ländern. Ziel sollte laut dem Industrieverband eine erneute vollständige Assoziierung der Schweiz an das EU-Forschungsprogramm Horizon Europe sein.

Zudem plädiert der BDI unter anderem dafür, zur Stabilisierung der Lieferketten in Europa im Dialog mit der Schweiz sicherzustellen, dass das Abkommen über technische Handelshemmnisse (MRA) sowie der Zollsicherheitsraum zwischen der Schweiz und der EU fortbeständen und sicherheitsrelevante Weiterentwicklungen des Letzteren implementiert würden. Derzeit verweigert die EU eine Aktualisierung des MRA, was als Erstes zum erwähnten Problem mit den Medizinprodukten geführt hat.

Um angesichts der nunmehr erschwerten politischen Rahmenbedingungen den wirtschaftlichen Schaden möglichst gering zu halten, bedarf es laut dem BDI weiteres, darunter eine Wiederherstellung der Börsenäquivalenz.

Partnerschaft für Green Deal

Der Verband verweist auch darauf, dass für die Transformation der europäischen Industrie hin zur Klimaneutralität (Green Deal) umfangreiche Investitionen nötig seien, deren Abschreibung eine immense wirtschaftliche Belastung für die Unternehmensbilanzen darstellen würde. Umso wichtiger sei daher eine effiziente Nutzung bestehender Infrastrukturen auf dem Kontinent. Dazu könnte als Teil einer institutionellen Paketlösung die Schweiz im Strombereich eingebunden werden.

Das Papier verweist auch auf die Nutzung der Schweizer Strom-Speicherkapazitäten. Gemeint ist die alte Idee, in Zeiten mit überschüssiger Produktion von Sonnen- oder Windenergie Wasser in Stauseen hinaufzupumpen und mit diesem Wasserkraftwerke zu betreiben, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Zudem ermahnt der BDI die eigene Regierung, den Ausbau im Schienenverkehr über die Rheinschiene (einen Zubringer zur Alpentransversale) prioritär voranzutreiben.

Drei Prioritäten

Die Zusammenarbeit sollte sich an den drei Prioritäten strategische Souveränität Europas, Green Deal und europäische Wettbewerbsfähigkeit orientieren, sagt Lang. Angesichts geopolitischer Spannungen wäre ein langwieriger Konflikt mit der Schweiz unerwünscht. Um sich gegen wirtschaftliche Rivalen zu behaupten, müsse Europa ein Interesse an einer starken und wettbewerbsfähigen Schweiz als Partnerin haben.

Der BDI-Geschäftsführer Lang kann sich auch vorstellen, dass die einzelnen bilateralen Bausteine «neu verpackt» werden, um ein ausgewogenes Ergebnis zu haben. Zum Beispiel könnte man in einem ersten Schritt die Bereiche Strom, Forschung und Zoll angehen. Dabei dürfe die Stabilität des EU-Binnenmarkts nicht gefährdet werden. Doch es könne geprüft werden, wo der Kern des Binnenmarkts getroffen werde und wo Ausnahmen möglich seien. Dazu müsse man aber von der Schweiz wissen, was sie wolle.

Sie können dem Berliner Wirtschaftskorrespondenten René Höltzsch auf [Twitter](#) folgen.